V-08-009 Leistung anerkennen, Gerechtigkeit schaffen: bessere Bedingungen für Alleinerziehende

Antragsteller*in: GRÜNE ALTE LANDESVEREINIGUNG NRW
Beschlussdatum: 02.06.2026

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:
Armutsrisiko von 43 % sind sie so stark von Armut betroffen wie keine andere Familienform. Diese Armut ist kein vorübergehender Zustand, sie setzt sich strukturell in Altersarmut fort. Unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeit und unbezahlte Care-Arbeit wirken sich direkt auf Rentenansprüche aus. Hunderttausende ältere Frauen, die ihre Kinder bereits allein großgezogen haben, tragen diese Folgen heute: als Rentnerinnen in Altersarmut. Alleinerziehende Mütter sind häufiger von Armut betroffen als alleinerziehende Väter. Dies liegt u.a. daran, dass alleinerziehende Väter

Begründung

V-08 fordert selbst „weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut bei Alleinerziehenden zu entwickeln" und lässt diese Forderung leer. Dieser Änderungsantrag füllt sie.

Der Antrag V-08 beschreibt notwendige und richtige Reformen, aber ausschließlich als Zukunftsversprechen. Die Perspektive älterer Menschen macht eine grundlegende Lücke sichtbar:
Gerechtigkeit, die nur für künftige Fälle gilt, ist keine vollständige Gerechtigkeit.

Die 1,7 Millionen aktuell betroffenen Alleinerziehenden brauchen Sofortmaßnahmen, keine Ankündigungen. Die Frauen, die ihre Kinder in vergangenen Jahrzehnten allein großgezogen haben, ohne Rentenpunkte, ohne Unterhaltsvorschuss, ohne Schutz — leben heute die Folgen als Altersarmut. Für sie kommt jede Reform zu spät. Nur rückwirkende Anerkennung und direkte Aufstockung kann hier noch Gerechtigkeit schaffen.

Darüber hinaus sind Großeltern die unsichtbare dritte Säule alleinerziehender Familien, sie tragen informelle Betreuungslast mit direkten Nachteilen für ihre eigene Absicherung, ohne jede Anerkennung im Sozialsystem.

Wir sind die Alleinerziehenden von gestern. Die GRÜNE ALTE LANDESVEREINIGUNG NRW bringt diese Ergänzungen ein, weil wir aus eigener Erfahrung wissen, was passiert, wenn Versprechen nur für die Zukunft gelten und niemand Verantwortung für bestehendes Unrecht übernimmt